



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

Der neue Bundesstaat.

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**

## Der neue Bundesstaat.

Der deutsche Bund ist todt. Er ist schon einmal bestattet gewesen und wieder aufgewacht; seitdem hat er nur ein Scheinleben geführt. 1863 auf dem Fürstencongreß hat man ihn von neuem zu Grabe tragen wollen; die allerhöchsten und höchsten Leidtragenden waren bereits versammelt, aber der Unglückliche ließ sich nicht einsargen, weil König Wilhelm im Trauergesolge fehlte. Dem Mangel wäre jetzt abgeholfen, nur sind die Andern freilich nicht gleich zur Stelle. Hoffen wir trotzdem, daß der Beklagenswerthe endlich zur verdienten Ruhe eingehe.

Als er zum ersten Male starb — ein frisches Regen ging damals durchs deutsche Volk, und die Paulskirche tönte wieder von aufathmender Begeisterung —, ist Zorn und Verwünschung ihm nachgefolgt; auf sein Grab hätte man schreiben können: ein Menschenalter deutschen Elends! Das ist anders geworden, seit er wieder ans Licht geschleppt wurde: er war nur noch der Schatten seiner selbst. Keine Handvoll Erde werfen wir, wie Trauernde pflegen, ihm nach; aber auch ein Wort heiliger Entrüstung wäre zu Schade.

Nur Eines noch: da er denn doch von neuem gestorben ist, — woran ist er gestorben?

Und hier ist der Ort, eine neuliche Bemerkung, daß der Bund in der schleswig-holsteinischen Sache gleichermaßen über Oestreich wie über Preußen zu klagen habe, dahin zu ergänzen, daß er drittens seine Anklage an sich selbst adressiren möge. Er trägt vollauf ein gleiches Maß der Schuld. Mehrmals haben ihn Preußen und Oestreich zur gemeinsamen Action aufgefordert, aber er wies sie ab; die Tage von Düppel und Alsen wurden ohne ihn gefeiert. Nicht einmal über die Besetzung Fehmarns konnte er schlüssig werden; über ihn hinweg ward dann der wiener Friede geschlossen. Freilich hatte man in Frankfurt allzeit treffliche Gründe zur Hand, man wollte für „unbestimmte Ziele“ weder Geld noch Mannschaft opfern; wer aber nicht will mitthaten, soll

auch nicht mitrathen. Ach und wenn es noch großer Thaten bedurft hätte! Der deutsche Landsmann ist so bescheidener Natur, gläubiges Vertrauen ist ihm Bedürfnis: am Neujahrmorgen 1864 wachte er mit rührender Zuversicht auf, daß der Bund demnächst den Augustenburger proclamiren würde; fünfzigjährige Unthätigkeit war man weichherzig bereit für ein einziges Wort zu verzeihen! aber der Bundestag konnte das Wort nicht finden. Ob er die Schläge der Großmächte fürchtete? es wird niemand geschlagen, der sich nicht schlagen läßt. So verschob er die Abstimmung von Woche zu Woche, von Monat zu Monat. Und doch hätte die Majorität von heute, auch ohne Oestreich, die Majorität von damals sein können. Oder mußte, um Hannover umzustimmen, erst Oestreich ihm die Herzogthümer versprechen? Wie dem auch sei, — man hat es nicht gewollt. Uns kann es recht sein, wir klagen nicht, daß es anders gekommen; aber der Bund stirbt am Jahr 1864.

Was an seine Stelle treten wird, wer weiß es. Die Ereignisse werden darüber entscheiden, denen wir jetzt athemlos zuschauen, bange Sorge im Herzen und mehr noch freudige Zuversicht, daß der Genius unsers Vaterlandes die Waffen des Staates segnen werde, der Deutschlands Stolz ist.

Vorerst aber, da in diesen Blättern mit den äußeren Geschehnissen doch kaum gleicher Schritt zu halten ist, wollen wir einen Blick auf das Programm werfen, mit welchem Preußen in den Kampf tritt. Mannigfach freilich wird der neue Reformentwurf von den Thatfachen überholt werden; eine solche Besprechung könnte daher heut mehr als je theoretisch erscheinen. Es sollen aber auch nur einige ganz allgemeine Gesichtspunkte angedeutet werden.

Es hat unzweifelhaft, um zu diesem Reformentwurf zu gelangen, nach manchen Seiten hin Rücksicht geübt werden müssen, verschiedenartige Interessen waren theils zu versöhnen, theils zu engagiren. Den Stempel solchen Compromisses verläugnet der Entwurf nicht. Aber der erste Fundamentalsatz der nationalen Partei: Ausschluß Oestreichs aus dem engeren Bunde, ist mit aller wünschenswerthen Bestimmtheit ausgesprochen. Wer den Satz nicht von vorn herein acceptirt, wird ihn nie anders als gezwungen acceptiren. Und ebenso werden alle andern Paragraphen, nimmt man diesen ersten hinweg, unmöglich. Darüber ist kein Wort zu verlieren; vorläufig ist nicht zu überreden, nicht zu überzeugen, die Ereignisse müssen sprechen.

Graf Bismarck hat sich mit Recht gesagt, daß zur Durchführung dieses Programms sowohl nationale Förderung, als auch eine wenigstens nicht feindselige Haltung der andern Fürsten erforderlich sei. Die Forderungen der nationalen Partei gipfelten seit Jahren in dem Verlangen nach deutschem Parlament und Centralgewalt. Vielleicht war es möglich, die Fürsten mit dem Gedanken des Parlaments zu versöhnen, mit dem der Centralgewalt gutwillig nie. An Stelle der letzteren läßt der Entwurf daher, vorbehaltlich späterer Vereinbarung,

die Bundesversammlung, der hinfort das Parlament zur Seite gegeben wird, bestehen. Da jenen Volkswünschen jedoch an erster Stelle der Wunsch nach strafferer Concentration der Nationalkraft zu Grunde liegt und preussische wie deutsche Interessen dieselben gebieterisch verlangen, so ward der Nachdruck auf eine neue Organisation der deutschen Heeresverfassung gelegt. Hier war von Seiten der mittleren und kleinen Kriegsherren der empfindlichste Widerstand zu erwarten; Graf Bismarck glaubte ihn brechen zu können, indem er das Interesse des nächstgrößten Staates zu engagiren versuchte; so wurde der Oberbefehl über Nord- und Südmee getheilt, wogegen Preußen sich das alleinige Flottencommando vorbehielt. Vielleicht gelang es nun, so mochte die Auffassung sein, durch Bayerns Zustimmung den Einspruch Hannovers, Württembergs, Sachsens zu neutralisiren. Was endlich das Parlament anlangt, so mußte ebenso mit den conservativen Neigungen des preussischen Herrschers, wie mit denen der anderen Fürsten pactirt werden; die Befugnisse der Nationalvertreter konnten daher nicht anders als ziemlich engbegrenzt ausfallen. Sollte dagegen irgendetwas beim Volke gewonnen werden und es nicht in dem Gebotenen schließlich nur das Zerrbild seines Lieblingswunsches erblicken, so war eine feste Garantie unerläßlich nöthig, und Graf Bismarck fand sie, indem er seinen königlichen Herrn bewog, für den Reformentwurf das Reichswahlgesetz von 1849 zu adoptiren. Auf diese Weise, unter Rücksichten nach rechts und links, setzte sich das Werk vermuthlich zusammen.

Im Ganzen können wir sagen, daß es das moderirte Unionsprogramm ist, für welches Graf Bismarck eintritt; ein wesentlich neues Moment ist nur die Theilung des militärischen Oberbefehls mit Bayern. Und wir finden in dieser Rücksichtnahme auf Süddeutschland nichts, was die fernere Entwicklung schädigen könnte. Zwei Kriegsherren sind nicht so gut wie einer, aber sie sind besser als dreißig; sie hindern in Zukunft nicht mehr ein gedeihliches Zusammenwirken, und so wird die Kraft der Nation wesentlich erhöht sein. Und dazu sind alle übrigen Interessen des Gesamtvaterlandes straffer zusammengefaßt, so daß die militärische Scheidung keine politische nach sich ziehen kann. Im Ganzen führt der Entwurf uns doch eine ansehnliche Strecke weiter auf dem Wege zum einheitlichen Bundesstaat, und es wäre selbst zu ertragen, müßte auf der dann erreichten Station eine Weile innegehalten werden.

Aus Süddeutschland freilich werden entrüstete Stimmen laut über den armen Umfang der Parlamentsbefugnisse. Es ist wahr, sie sind im Allgemeinen auf die gemeinsamen materiellen Interessen beschränkt. Das ist der Reichsverfassung gegenüber wenig, im Vergleich zum jetzigen Zustand viel. Ist der Zollverein keine Wohlthat, und hat man nicht oft sogar nach einem bloßen Zollparlament Sehnsucht geäußert? Es klang so stolz, was alles ins Bereich des Delegirtenparlaments vom frankfurter Fürstencongreß fallen sollte; und

doch war die „beschließende Mitwirkung“ so nach allen Seiten hin verclaupulirt, die Bundesabgeordneten waren so eingeengt von Bundesrath, Directorium und Fürstenversammlung, die für Aenderungen erforderlichen Majoritäten waren so unerschwinglich hoch normirt, und die Delegirtenwahl endlich war eine so trostlose Verdünnung des Princips freier und selbständiger Wahlen, daß an einem erspriesslichen Vorwärtskommen unter allen Umständen verzweifelt werden mußte. Der preussische Entwurf dagegen bietet ein frei und direct gewähltes Parlament, das auf seinem begrenzten Gebiet eine wirkliche Macht sein und von diesem Punkt des Archimedes aus sich weiter entwickeln wird. Zumal da die lästigste Schranke, die bisher jede Verbesserung hinderte, die erforderliche Stimmeneinheit, einfacher Majorität in beiden Versammlungen weichen muß.

In solchen Dingen ist immer zu fragen, einmal, ob das Neue besser als das Alte, und dann, ob es entwicklungsfähig sei. Beide Fragen glauben wir bejahen zu müssen. Der Entwurf befriedigt nicht völlig die berechtigten Bedürfnisse der Nation, aber er schiebt den Kiegel zurück, der dieser Befriedigung im Wege stand; was uns geboten wird, schafft vorerst wenigstens Raum, in ehrlicher Arbeit weiterzustreben. Das wäre kein glänzendes Loos, doch auch kein unbefriedigendes, mannhafte Gesinnung eher ermutigend als niederdrückend. Hoffentlich aber wird der Sturmwind dieser Tage noch manche der Rücksichten hinwegfegen, die froheren Wünschen Schranken setzten, und die preussische Regierung wird dann, wie ihr neuliches Memorial verkündete, „ihr enges Programm erweitern und auf neuen Wegen den Anforderungen der Nation in vollem Umfang gerecht zu werden versuchen.“

Wie das Geschick es auch füge, volle Freude empfinden wir, daß Preußen den verhängnißvollen Entscheidungen der nächsten Wochen mit einem positiven Programm entgegengeht, und daß man zu Berlin verstanden hat, dem Kampf, der schon über Schleswig-Holstein zu entbrennen drohte, jetzt einen edleren Inhalt zu geben.